



FMI



Fachvereinigung Kaltwalzwerke e. V.

## **„Staat darf Probleme nicht noch verschärfen – mittelständische Industrie und Investitionen in Deutschland sind infrage gestellt“**

Fünf Zuliefererverbände richten Appell an alle neuen Bundestagsabgeordneten

**HAGEN – 02. Dez. 2021. „Die mittelständische Industrie als Innovationsmotor am Standort Deutschland, ihre Arbeitsplätze und der Wohlstand sind infrage gestellt. Der Staat darf die existenzgefährdenden Probleme nicht noch verschärfen, sondern muss Raum für unternehmerisches Handeln geben.“ Diesen Appell haben fünf Industrieverbände gerade an alle Abgeordneten des neuen Bundestags geschickt. Unterzeichner sind der Industrieverband Blechumformung (IBU), der Industrieverband Massivumformung (IMU), die Fachvereinigung Kaltwalzwerke (FVK), der Deutsche Schraubenverband (DSV) und der Fachverband Metallwaren- und verwandte Industrien (FMI). „Die politischen Vertreter müssen die Probleme unserer Industrien kennen und sollen diese in die politische Abwägung einbringen“, unterstreichen die Organisationen und fordern ein gemeinsames Schultern aktueller Mehrbelastungen entlang der Lieferkette.**

### **Steigende Kosten in der Lieferkette weitergeben**

Die gefährliche Kombination aus gestiegenen Materialpreisen und -mangel, Produktionseinschränkungen, wachsenden Energiekosten, Steuerbelastungen und Klimaanforderungen bringt Automobilzulieferer – und zunehmend weitere Branchen – ins Straucheln. „Betroffene müssen steigende Kosten in der Lieferkette geltend machen können“, betont IBU-Geschäftsführer Bernhard Jacobs. Auch die monatelange Vorfinanzierung von verteuertem Vormaterial bis zur nächsten Preisverhandlungsrunde sei kaum mehr leistbar. Steigende Stahlpreise treffen den Zulieferer aufgrund seines höheren Bedarfs viel stärker als Automobilhersteller und Systemlieferanten. Ein Anstieg um 50 Prozent führt bei Zulieferern zu 20 Prozent Mehrkosten, während es beim Hersteller nur zwei bis fünf Prozent sind. Hinzu kommt die niedrigere Gewinnmarge von etwa zwei bis drei Prozent bei Zulieferunternehmen – beim OEMs liegt sie bei rund 20 Prozent.

### **Materialimporte erleichtern**

Wichtig für Stahlverarbeiter ist auch, dass die Politik Stahlimporte aus Drittländern wieder erleichtert und Einfuhreinschränkungen abbaut – Stichwort Safeguards. Das ermöglicht wieder einen Wettbewerb und verbessert die Versorgungslage.



DEUTSCHER SCHRAUBENVERBAND E.V.  
HERSTELLER MECHANISCHER VERBINDUNGSELEMENTE



FMI



Fachvereinigung Kaltwalzwerke e. V.

## **Energie- und Steuerkosten deckeln**

Mit Blick auf extreme Energie- und Logistikkosten fordern die Verbände staatliche Unterstützung. DSV-Geschäftsführer Hans Führbeck: „Es ist überlebenswichtig, dass die Politik Energiekosten deckelt und Steuern reduziert. Alles andere führt zu wettbewerblichen Verzerrungen innerhalb der EU.“ Das fördere Investitionsentscheidungen Richtung Ausland und gefährde den Standort Deutschland. „Verlierer wären die Belegschaften“, unterstreicht Werner Liebmann vom FMI.

## **Klimapolitik mittelstandsfreundlich gestalten**

Klimavorschriften sollen mittelstandsfreundlicher werden. Die Fachverbände wünschen eine technikoffene Förderung von klimabezogenen Maßnahmen und ein Ende der einseitigen Diskussion über CO<sub>2</sub>-Verursacher: „Sie reduziert sich auf Verbrenner- bzw. Elektroantriebe und lässt andere CO<sub>2</sub>-Emittenten außen vor“, so IMU-Geschäftsführer Tobias Hain. Ein vorausschauender Blick auf die Konsequenzen ist auch bei den Green Deals und Klimazöllen gefragt: „Die Verantwortlichen müssen die gesamte Wertschöpfungskette – einschließlich der Stahlverarbeiter – berücksichtigen“, erklärt Martin Kunkel von der FVK.

## **Appell an 736 Bundestagsabgeordnete – Verbände gesprächsbereit**

Der Appell ging schriftlich an alle derzeit 736 Mitglieder des neuen Bundestags. „Wir stehen jederzeit in Berlin oder vor Ort in den Wahlkreisen zum Gespräch zur Verfügung“, unterstreichen die Branchenvertreter. Im neuen Koalitionsvertrag der Ampel steht der Satz „Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand“ – dieses Versprechen gilt es nun einzulösen.